

NICARAGUA ZEITUNG

März 2007



Daniel Ortega während der Amtseinführung, umrahmt von seinen Freunden Evo Morales (links) und Hugo Chávez

Nicaragua – ein Schritt vor, zwei zurück ?

In der vorliegenden Ausgabe der Nicaragua Zeitung läuten wir das Jahresthema 2007 "Lateinamerika in Bewegung: Lokale Handlungsbezüge zu globalen Entwicklungen" ein. Dabei wollen wir zuerst aktuelle Entwicklungen in Nicaragua betrachten und diese anschließend in einen gesamtlateinamerikanischen Zusammenhang stellen.

Jetzt aber fragen wir: Wohin steuert Nicaragua nach den Wahlen? Gibt es Hoffnungen auf wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, größer als dies definitiv unter den rechten Regierungen der Fall war?

Daniel Ortega hat das Land am Tag nach seiner Amtseinführung in die „Alternativa Bolivariana para las Américas“ (ALBA, deutsch: Bolivarianische Alternative für die Amerikas) von Hugo Chávez geführt. Was ist ALBA eigentlich? Was unterscheidet ALBA von CAFTA (zentralamerikanisches Freihandelsabkommen)? Und welche Erwartungen lassen sich damit verbinden?

Wir fassen die jüngsten Ereignisse im Land zusammen und versuchen, Hintergründe für zukünftige Entwicklungen darzustellen. Im ersten Artikel wird die Wirt-

schaftsstruktur Nicaraguas beschrieben und erläutert, was in Nicaragua angebaut und produziert wird, was das Land auf dem Weltmarkt absetzen will und woran es mangelt. Außerdem wird beschrieben, mit welchen Ländern Nicaragua bisher seinen Außenhandel abwickelt.

Ein weiterer Artikel gibt einen kurzen Überblick über die Wahlversprechen von Daniel Ortega und der FSLN.

Ein Rückschritt besonderer Art ist das Thema „aborto terapeutico“ (Schwangerschaftsabbruch bei Lebensgefahr für die Mutter oder nach einer Vergewaltigung), zu dem der Nicaragua Verein weiterhin intensiv arbeitet. Mittlerweile sind eine Reihe von Frauen aufgrund des Verbotes des „aborto terapeutico“ gestorben. Unser Protestbrief vom Oktober 2006 ist bei der von uns unterstützten Frauenorganisation María Elena Cuadra (MEC) sehr gut angekommen und wird dort im Rahmen ihrer Aufklärungskampagne eingesetzt.

Am Weltfrauentag, dem 8. März, werden wir eine Veranstaltung zu diesem Thema in der W3 mit Violeta Delgado vom „Movimiento Autónomo de Mujeres“ (MAM) machen (s. auch Veranstaltungshinweis S. 7) . Wir hoffen auf rege Beteiligung!

**Nicaragua
Verein
Hamburg**

www.nicaragua-verein.de

Spendenkonto

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20, Kontonr.: 51137-205

„JETZT SIND WIR ALBA“

(Nuevo Diario, 11.1.2007)

Eine Menge hat sich in Nicaragua in außenpolitischer Beziehung getan in der kurzen Zeit seit dem Wahlgewinn von Daniel Ortega und der FSLN (wenn auch nicht Wahlsieg – denn 55 % der Wähler haben für eine der beiden rechten Parteien gestimmt).

In den ersten Tagen nach der Wahl wurden noch zurückhaltende Signale in Bezug einer Neuausrichtung der neuen Regierung Nicaraguas ausgestrahlt. So hat Ortega eben nicht die Präsidenten der drei ALBA-Mitgliedsstaaten als erstes besucht, sondern seine Amtskollegen aus den beiden Nachbarstaaten El Salvador und Costa Rica. Außerdem wurde die Absicht bekräftigt, die „guten Beziehungen“ zu den USA und CAFTA weiterführen zu wollen.

Mit dem Tag der Amtseinführung von Ortega am 10. Januar veränderte sich dies schlagartig. Schon die Amtseinführung an sich wurde in einem in Nicaragua bisher nicht gekannten Ausmaß inszeniert. Nach der eigentlichen Amtseinführung vor einigen Tausend Beamten, Diplomaten und Staatsmännern aus aller Welt ging Ortega zur Plaza Juan Pablo II am Malecón von Managua, wo er vor 500.000 Menschen – also zehn Prozent der Bevölkerung Nicaraguas, die in 500 Bussen aus dem ganzen Land nach Managua geschafft wurden! – seine erste Ansprache hielt. Landesweit gab es einen halben arbeitsfreien Tag und die Zeremonie wurde in einer fünfstündigen Übertragung im Fernsehen gesendet. Der größte Teil der Menschen hat diese Übertragungen auch verfolgt – die Strassen waren zur selben Zeit wie leergefegt.

Der Hauptprotagonist dieser Zeremonie war allerdings nicht der neue Präsident, sondern sein – ebenfalls am selben Tag! – erneut eingesetzter venezolanischer Amtskollege Hugo Chávez. (Die Tageszeitung *Nuevo Diario* titelt am 11.1.: „Chávez se robó el show“ – Chávez hat die Show gestohlen). Dieser hat als erster gesprochen, und insgesamt wesentlich länger als Daniel Ortega. Auch die neue „Primer Dama“, Rosario Murillo, hat sich stark in Szene gesetzt und als Moderatorin die Zeremonie dominiert. Deutlich sichtbar

hat Ortega mehrmals versucht, sie zum Schweigen zu bringen ...

Auf dieser Veranstaltung hat Ortega die Frage an die Massen gestellt, ob Nicaragua dem Handelsbündnis ALBA mit Venezuela, Bolivien und Kuba beitreten solle – was frenetischen Beifall und enorme Zustimmung unter den Anwesenden mit sich brachte. Schon am folgenden Tag hat Ortega dann den Beitritt Nicara-



Der Beitritt Nicaraguas zu ALBA wurde von der Bevölkerung begeistert gefeiert

guas zu ALBA unterzeichnet. Chávez hat angekündigt, insbesondere die marode Energieversorgung sowie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur fördern zu wollen. Er kündigte Kredite im Umfang von 600 Mio. Dollar an – was das Doppelte der bisherigen Kredite **aller**



Bei den Maquilas ist die Textilverarbeitung vorherrschend

Geberländer bedeutet! Und Nicaraguas Schulden in Venezuela in Höhe von 32 Mio. Dollar sollen erlassen werden. Diese Gelder will Ortega vorrangig für soziale Programme verwenden, die sich gegen Armut, Wohnraumknappheit sowie die Mängel im Bildungs- und Gesundheitssystem richten. Venezuela will außerdem 32 Elektrogeneratoren zur Behebung der aktuellen Energiekrise lie-

fern; später noch drei Kraftwerke, was von besonderer Bedeutung für die Menschen in Nicaragua ist, da in weiten Teilen des Landes zur Zeit nahezu täglich die Stromversorgung für vier bis zwölf Stunden ausfällt. Schließlich versprach Chávez Erdöl für die nächsten 200 Jahre sowie den Bau einer Erdölraffinerie.

Die tragende Rolle, die Chávez und ALBA in Zukunft für die außenpolitische Ausrichtung Nicaraguas spielen sollen, ist mehr als deutlich. So verabschiedete sich Chávez auch mit den Worten: „Me voy, pero volveré“ – (ich gehe, komme aber wieder).

Ebenfalls wenige Tage nach seiner Amtseinführung hat Ortega den iranischen Präsidenten Ahmadinejad empfangen, was ebenso wie die hervorgehobene Rolle der Präsidenten (bzw. Vizepräsidenten) von Venezuela, Kuba und Bolivien bei der Amtseinführung ein deutliches Signal in Richtung einer zukünftigen Lösung Nicaraguas aus der engen politischen und vor allem

wirtschaftlichen Bindung an die USA ist. Das Treffen mit Ahmadinejad hatte jedoch vermutlich vor allem symbolische Bedeutung, konkrete Ergebnisse brachte es jedenfalls nicht hervor. Es blieb bei Absichtserklärungen bzgl. einer Kooperation in den Bereichen Energie, Handel, Landwirtschaft und Infrastruktur.

Den Beitrag Nicaraguas zu ALBA hat Ortega als „neue Form der Beziehungen zwischen den Ländern Amerikas“ bezeichnet, die eine gerechtere Form des Außenhandels ermöglichen soll – anders als CAFTA, der die Asymmetrie zwischen Nord und Süd nicht ausreichend berücksichtigt. ALBA repräsentiert für Ortega die Ablehnung der neoliberalen Politik der USA, die dazu geführt hat, dass es in Lateinamerika keinen ausreichenden Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit gibt. Ortega bezeichnete ALBA schließlich als „mensaje de cristo“ – (Botschaft von Christus).

Der scheidende Präsident Bolaños hat sich übrigens geweigert, den ALBA-Vertrag zu unterzeichnen – dagegen hat sein Vorgänger Alemán bereits die Zustimmung seiner Partei PLC angekündigt. Selbst der rechte Präsidentschaftskandidat Eduardo Montealegre (ALN) hat ALBA gutgeheißen.

In den Medien wurde kritisiert, dass die

Details der Verträge mit Venezuela und dem Iran nicht bekannt seien – auf Nachfrage wurde dem *Nuevo Diario* in den verschiedenen zuständigen Ministerien erklärt, diese befänden sich noch in den Händen der Sekretärin der FSLN und neuen Primera Dama, Rosario Murillo, und lägen den Ministerien selber noch nicht vor.

Auch der Präsident Taiwans wurde von Ortega bereits empfangen und die

bestehenden Verträge mit diesem Land verlängert. Taiwan wird medizinisches Fachpersonal und Ausrüstung nach Nicaragua entsenden. Es wird außerdem weitere Maquilas* mit Hilfe von Investitionen aus Taiwan geben – dies scheint für Ortega kein Widerspruch zu seinem medienwirksam verkündeten Ziel der Armutsbekämpfung und des gerechten Handels zu sein.

George Bush hat Ortega übrigens telefo-

nisch zu seiner Amtseinsetzung gratuliert und dies zum Anlaß genommen, ihn an seine Verpflichtung zu erinnern, die Demokratie beizubehalten.

Thomas Montiel Castro

* Maquilas oder Maquiladoras werden in Lateinamerika die weltmarktorientierten Produktionsstätten genannt, in denen zu Billiglöhnen arbeitsintensive Teilproduktionen für multinationale Unternehmen gefertigt werden.

Nicaraguas Spagat zwischen ALBA und CAFTA

Integrationsprozesse in Zentralamerika

Zentralamerika hat eine lange Geschichte von Einigungsversuchen. Die frühen Integrationsprojekte wurden aber immer wieder unterminiert durch unauflösbare Asymmetrien zwischen wirtschaftlichen und politischen Bereichen und durch unterschiedliche Niveaus der Industrialisierung. Freihandel brachte die Differenzen offen zu Tage und führte zu heftigen Konflikten. Erst der Friedensprozess und das Gipfeltreffen in Esquipulas 1986 sowie mehrere Präsidententreffen 1990 legten die Grundlagen für eine Integrationspolitik Zentralamerikas, deren Grundvoraussetzungen die Schaffung eines gemeinsamen Marktes mittels Einrichtung einer Freihandelszone und die Einführung gemeinsamer Außenzölle sein sollten.

Die ersten Integrationsbestrebungen hatten noch das Ziel, geschützte regionale Märkte außerhalb der internationalen Konkurrenz zu schaffen, vom Staat vorangetrieben, um den Unternehmenssektor zu fördern.

Heute stehen hinter Freihandelsabkommen wie NAFTA und CAFTA eher vom Unternehmertum durchgesetzte Integrationskonzepte, die staatliche Reglementierungen zurückdrängen und missionarisch den freien Markt als Heilmittel aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme propagieren.

CAFTA nach NAFTA ein weiterer Schritt zu ALCA

Der Widerstand südamerikanischer Länder blockiert seit langem das von den USA vorangetriebene Projekt ALCA. Die Gründung von NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) war der erste kleine Schritt in das von den USA nicht aufgegeben Ziel einer transamerikanischen Freihandelszone. In NAFTA waren erstmalig erste und dritte Welt in einem Integrationsprojekt vereint. Den asymmetrischen Strukturen der Mitgliedsländer sollte durch



Jetzt ist es beschlossene Sache: Daniel Ortega, Hugo Chávez, Evo Morales und José Ramon Machado nach dem Beitritt von Nicaragua zu ALBA

Beratung und technische Unterstützung Rechnung getragen und die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

NAFTA brachte Mexiko enormes Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass die begleitenden Maßnahmen nicht wirkten und die von Kritikern befürchteten negativen Folgen nicht verhindert werden konnten: Die soziale Schere klappt immer weiter auseinander. Besonders die Landbevölkerung in strukturschwachen Gebieten ist extrem stark betroffen. Trotz dieses negativen Beispiels gelang den USA in Zentralamerika die Durchsetzung von CAFTA nach dem gleichen Muster wie NAFTA (die Namensgebung deutet es schon an). Zentralamerika, das stark ab-

hängig ist vom Absatzmarkt USA, akzeptierte schließlich nach zähen, von den USA dominierten Verhandlungen die Ratifizierung von CAFTA. Bilaterale Verträge der Vereinigten Staaten mit weiteren südamerikanischen Ländern versuchen das zur Zeit auf Eis liegende Projekt ALCA zu retten und Keile in den Widerstand Südamerikas zu treiben.

Gemeinsam ist all diesen Projekten – wie oben angedeutet – die Orientierung an neoliberalen Zielvorstellungen, die durch Deregulierung und Privatisierung der einzelnen Volkswirtschaften gekennzeichnet sind.

Auch Nicaragua wurde gegen den Widerstand vieler Abgeordneter und wichtiger Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft,

Wer ist wer?

ALBA: Bolivarianische Alternative für die Amerikas (Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua)

ALCA: Freihandelszone aller Amerikas

CAFTA: zentralamerikanisches Freihandelsabkommen

Mercosur: Mercado Común del Sur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela)

NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (USA, Mexiko, Kanada)

IWF: Internationaler Währungsfonds

WTO: Welthandelsorganisation



Ein großer Teil des Außenhandels von Nicaragua wird über die Seehäfen Corinto, San Juan del Sur und Puerto Cabezas abgewickelt

aber auch der Agrarorganisationen Mitglied von CAFTA. In Nicaragua hatte die FSLN lange den CAFTA-Vertrag strikt abgelehnt und eine Ratifizierung blockiert, bis relativ überraschend Ortega dem Druck der USA nachgab. Die erhoffte Verbesserung seiner Wahlchancen bzw. die Furcht vor massiver Unterstützung der konservativen Parteien durch die USA waren offensichtlich gewichtiger als der weitere Verlust von Ortegas Glaubwürdigkeit.

Nicaraguas Beitritt zu ALBA eine Abkehr von CAFTA?

Der Beitritt zu ALBA – demonstrativ einen Tag nach der Amtseinführung der nicaraguanischen Regierung vollzogen (s. Seite 2) – verlangt Nicaragua einen ganz besonderen Spagat ab, denn ALBA ist grundsätzlich anders strukturiert als das neoliberale Wettbewerbsprojekt CAFTA.

Zunächst will ALBA ein alternatives linkes, ausdrücklich gegen die USA und deren neoliberales Hegemoniestreben gerichtetes Projekt sein (ebenso gerichtet gegen die von den USA beeinflussten internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank, WTO usw.). ALBA ist kein in sich geschlossenes Vertragswerk, sondern orientiert sich an Leitzielen wie: Solidarität, Kooperation und Komplementarität.

Die Idee trug Venezuelas Präsident Hugo Chávez 2001 erstmals vor. ALBA gewann aber erst Gestalt nach Stabilisierung der Chávez-Regierung im August 2004 und der beginnenden Konsolidierung seiner „Bolivarianischen Revolution“. Ab 2004 wurde durch Verträge zwischen Venezuela und Kuba und durch den Beitrag Boliviens 2006 damit begonnen, Prinzipien der „Bolivarianischen Alternative“ und des von Bolivien eingebrachten TCP (Trato de Comercio de los Pueblos) in der Praxis umzusetzen.

Entsprechend seiner Leitprinzipien rückt ALBA Armutsbekämpfung und soziale

Entwicklung in den zentralen Zielkatalog. Unterschiedliche Entwicklungsniveaus determinieren die jeweiligen Vertragsabschlüsse: Stärken der jeweiligen Volkswirtschaften werden genutzt und das Schutzbedürfnis der Schwächeren berücksichtigt. Devisenschwachen Ländern wird zum Beispiel durch Kompensationsgeschäfte geholfen und weniger leistungsfähigen Ökonomien kommen so genannte „Fonds der struk-

turellen Konvergenz“ zugute. Vor allem werden aber Kooperationsprojekte staatlicher Unternehmen angestrebt, die allen Partnern gleichermaßen Profit bringen. Die Zusammenarbeit knüpft ALBA allerdings auch an klare Konditionen, z.B. ist die Kooperation nur zwischen staatlichen Unternehmen möglich. Gibt es in Partnerländern diese Unternehmen nicht bzw. durch Privatisierung nicht mehr, dann hilft Venezuela bei deren Aufbau. Gewinne der staatlichen Unternehmen und höhere Steuereinnahmen werden nicht nur reinvestiert, sondern kommen auch Infrastrukturmaßnahmen und Sozialprojekten zugute. Solche Kooperationsmechanismen sollen auf längere Sicht die unterschiedlichen Wirtschaftskräfte der beteiligten Staaten aufheben.

Wichtiges Antriebsmittel für viele bisher abgeschlossenen Verträge ist der Ölreichtum Venezuelas. Günstige Konditionen überzeugen die Kooperanten in vielen Ländern und Venezuela macht sich gleichzeitig unabhängiger vom US-amerikanischen Absatzmarkt. Vor allem aber wird damit ein Prozess eingeleitet, der die Rolle privater multinationaler Konzerne zurückdrängt. Mit solchen Maßnahmen wird ebenso erreicht, dass die Verfügungsmacht der einzelnen Staaten auch über andere natürliche Ressourcen wie Wasser, Biodiversität usw. erhalten bleibt.

Es gibt in Alba schon viele Beispiele für fortschrittliche Vereinbarungen und Verträge auch für die Einbindung sozialer Bewegungen. Es gibt aber auch viele Widersprüche. Der schwerwiegendste Mangel – damit auch die größte Herausforderung – ist die bisher fehlende Partizipation der Gesellschaft bei

den wirklich wichtigen Entscheidungen. Zur Zeit werden vielleicht noch viele Übereinstimmungen zwischen Regierungshandeln und gesellschaftlichen Vorstellungen über ALBA postuliert, aber Regelungen über einen gemeinsamen Diskurs unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Pluralität gibt es nicht. Es ist also eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Zivilgesellschaft, wirksame Modelle zu entwickeln, die in der Lage sind, Regierungsinitiativen zu kontrollieren. Immerhin zeigt ALBA aber – trotz seiner Widersprüche – Möglichkeiten der Einflussnahme auf und beschreibt Wege, wie alternative Integrationsmodelle auch sozial und solidarisch funktionieren können.

Ganz besonders krasse, unverständliche Widersprüche ergeben sich durch Mitgliedschaften einzelner Länder in verschiedenen Integrationsprojekten, wie z.B. Venezuelas relativ junge Mitgliedschaft im Mercosur oder Nicaraguas gleichzeitige Mitgliedschaft in CAFTA. Neoliberale, auf Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und die Prinzipien von ALBA, die engagiertes staatliches Handeln voraussetzen (bisher allerdings mit großen demokratischen Defiziten), auf der anderen stehen sich diametral gegenüber und lassen sich kaum vereinbaren. Venezuela scheint zu hoffen, dass sich der Mercosur auf die Seite ALBA schlagen wird und stellt sich anscheinend auf einen längeren Prozess ein. Nicaragua dagegen will vermutlich so lange wie möglich und so weit wie es geht von beiden Modellen profitieren. Irgendwann wird es sich aber entscheiden müssen. Immerhin hat Ortega verkündet, dass es keine weiteren Privatisierungen in Nicaragua geben wird – ungeachtet dessen, was wohl die herrschende Wirtschaftslehre und deren Wächter dazu sagen mögen! – Vamos a ver ...

Dettef de Cuveland



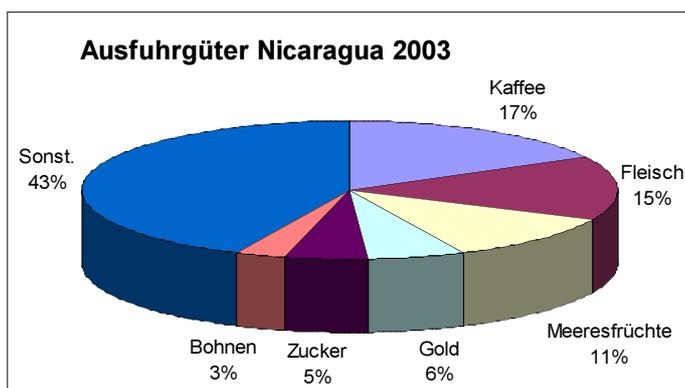
Verkehrte Welt: auch der liberale Präsidentschaftskandidat Montealegre hat den Beitritt zu ALBA gut geheißt

Tausche Rind gegen Öl

Eine genauere Betrachtung vor allem der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen Nicaraguas ist erforderlich, um mögliche Vorteile eines Beitritts zu ALBA einschätzen zu können.

Nicaragua ist noch immer sehr stark von der Landwirtschaft geprägt: 43 % der Erwerbstätigen sind im Agrarbereich und der Fischerei beschäftigt – übrigens mehr als 1985 zu sandinistischen Zeiten! Zum Vergleich: In Venezuela, dem vermeintlich in Zukunft wichtigsten Handelspartner, arbeiten nur zehn Prozent der Erwerbstätigen und in Deutschland gar nur zwei Prozent in diesem Bereich. Der Beitrag dieses Sektors zum Bruttoinlandsprodukt beträgt in Nicaragua allerdings nur 18 % (in Venezuela vier, in Deutschland gerade mal ein Prozent). Während also im industrialisierten Venezuela – ähnlich wie in Deutschland – die Bedeutung der Agrarproduktion für die gesamte Wirtschaft unbedeutend ist, hängt in Nicaragua der Lebensunterhalt der Hälfte der Bevölkerung hiervon ab. So sind denn auch die vier wichtigsten Exportgüter Agrarprodukte: Der traditionelle Kaffeeanbau mit 17 %, Fleisch mit 15 %, die Nicaragua von IWF und Weltbank aufgezwungene und extrem umweltschädliche Produktion von Meeresfrüchten mit elf und Zucker mit fünf Prozent. Daneben spielt natürlich der in Nicaragua in den letzten Jahren stark wachsende Maquilasektor eine wichtige Rolle: der Industriesektor steht mittlerweile für gut 30 % der Exporte und dürfte zum allergrößten Teil aus den Maquilas kommen, denn es gibt kaum andere Industriebereiche in Nicaragua. Bergbauprodukte exportiert Nicaragua kaum; lediglich Gold nimmt sechs Prozent der Exporte ein.

Was sind die Produkte, an denen in Nicaragua Mangel besteht, was muss das Land auf dem Weltmarkt einkaufen?

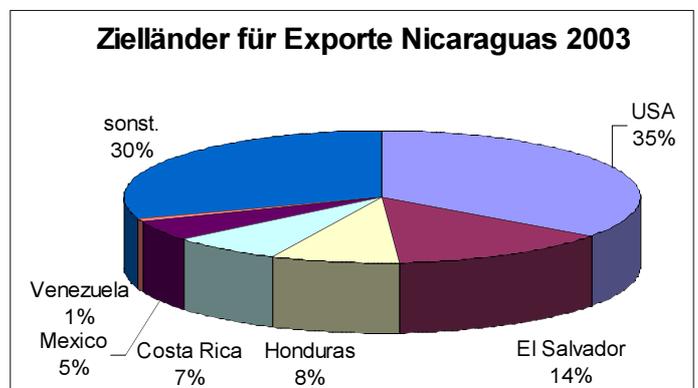


Zunächst muss festgehalten werden, dass Nicaragua mit einem eklatanten Außenhandelsdefizit zu kämpfen hat: Exporten von knapp 760 Mio. Dollar stehen Importe von über 2.200 Mio. Dollar gegenüber. Nicaragua muss also sehr viel Geld ausgeben für Produkte, die im Land nicht hergestellt werden. Dies sind vor allem Konsumgüter (33 %), Zwischengüter (29 %) – also insbesondere Güter, die in den Maquilas zu Endprodukten verarbeitet werden – und Erdöl (19 %). Schauen wir nun auf die Wirtschaftsstruktur von Venezuela, dem angesichts seiner Größe wie seiner Wirtschaftskraft mit Abstand wichtigsten Partner in ALBA. Aufgrund der geringen Bedeutung des Agrarsektors muss Venezuela in großem Umfang Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse (21 % an den gesamten Importen) importieren. Der Export besteht dagegen größtenteils aus Erdöl (36 %) und Metallerzeugnissen (32 %). Hier wird deutlich, welche wichtige Rolle Venezuela für Nicaragua als Handelspartner spielen kann.

In Venezuela mangelt es vor allem an Nahrungsmitteln – die wiederum den größten Teil der Exporte Nicaraguas darstellen. Andererseits exportiert Venezuela vor allem Erdöl und Industrieprodukte – die in Nicaragua dringend benötigt werden. Sollten diese Güter in Zukunft tatsächlich zu fairen Konditionen gehandelt werden, Nicaragua also Nahrungsmittel zu höheren Preisen nach



Venezuela verkaufen und im Gegenzug Öl und Industriegüter zu niedrigeren Preisen einkaufen können, dann könnte das Außenhandelsdefizit deutlich verringert werden. Zum Außenhandelsdefizit von Nicaragua tragen zur Zeit zu etwa gleichen Teilen die USA, Asien (Maquilas !), die zentralamerikanischen Nachbarstaaten und Venezuela bei. Auch in Kuba herrscht übrigens großer Bedarf an Nahrungsmitteln.



Bisher sind die Außenhandelsbeziehungen Nicaraguas sehr stark von den engen Bindungen an die USA geprägt. Die USA ist der wichtigste Handelspartner mit 22 % Anteil an den Importen und 35 % Anteil an den Exporten Nicaraguas (Mitte der 90er Jahre waren dies allerdings noch fast 40 %!). Venezuela liefert jedoch bereits 14 % der Importe (bisher fast ausschließlich Öl) und ist damit schon das zweitwichtigste Herkunftsland von Importgütern. Andererseits gehen aber nur ganze 0,6 % der Exporte Nicaraguas nach Venezuela – das könnte ausbaufähig sein.

Thomas Montiel Castro

Romero Tage 2007: Moviendo Latinoamérica -



Am 24. März 1980 wurde der Erzbischof Oscar Romero während eines Gottesdienstes ermordet. Seine Kritik an den sozialen Bedingungen und den Ungerechtigkeiten in El Salvador sowie die Unterstützung unterdrückter Menschen hatten ihn zur Zielscheibe derjenigen gemacht, die er kritisierte.

Solidaritätsgruppen und kirchliche Einrichtungen nehmen seit vielen Jahren den Todestag Romeros zum Anlass, die Situation der lateinamerikanischen Menschen ins Blickfeld zu bringen. In vielen Ländern Lateinamerikas sind heute linke Regierungen an der Macht. Soziale Gerechtigkeit und ein Leben in Würde sind für die meisten Menschen damit noch lange nicht erreicht. Aber an der Basis ist Bewegung...

Die Romero-Tage 2007 – vom 8.3. bis 10.4. – richten das Augenmerk besonders auf das breite Spektrum an Gegenbewegungen in der lateinamerikanischen Bevölkerung. Das Spektrum reicht von Jugend- und Frauenbewegungen über Indigene- bis zu Landlosenbewegungen.

bewegungen in der lateinamerikanischen Bevölkerung. Das Spektrum reicht von Jugend- und Frauenbewegungen über Indigene- bis zu Landlosenbewegungen.

An dieser Stelle möchten wir auf einige Veranstaltungen aus dem gesamten Programm gesondert hinweisen:

- eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag (8. März, 19.30 in der W3)
- eine Hafentrifftfahrt (10. März, 14.00 ab Anleger Vorsetzen)
- einen Kabarettabend (22. März, 20.00 im Politbüro)
- eine Film-Uraufführung (10. April, 19.00 im Metropolis-Kino)

Uraufführung

Beendet werden die diesjährigen Romero Tage mit einer Uraufführung im Metropolis Kino. Am 10.04. um 19.00 wird der dann gerade fertig gestellte **Dokumentarfilm: Der Aufstand der Würde gezeigt**. Er behandelt den indigenen Widerstand in Mexiko und ist der letzte Film einer vierteiligen Reihe über „Entwicklungsprojekte“ in Mittelamerika (vergl.dazu auch S. 11).

Das Filmteam Dorit Siemers und Heiko Thiele (Zwischenzeit e.V.) reiste fünf Monate durch Südamerika und Mittelamerika, um „Entwicklungsprojekte“ des Plan Puebla Panamá (PPP) zu dokumentieren. Dieser Plan, ein neoliberales Großvorhaben mit ineinander verzahnten Wirtschaftsbereichen, wird trotz negativer Auswirkungen auf Mensch und Natur von den Regierungen weiter voran getrieben.

Der Film gibt zunächst eine kurze Einführung in den Aufstand der Zapatisten in Südamerika. Danach erhalten wir Einblick in die Umsetzung ihrer Autonomie in verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen: Gesundheit, Bildung, Frauen, Land(wirtschaft), Handel und Kollektivbetriebe. Darüber hinaus werden die repressiven Interessen des „Plan Puebla Panamá“ und die Bedeutung der internationalen Solidarität behandelt. Zu Wort kommen vor allem die Vertreter der Basis.

Dorit Siemers und Luz Kerkele, die an der Filmproduktion beteiligt waren, werden bei der Vorführung anwesend sein und anschließend zur Diskussion zur Verfügung stehen – Luz dann gerade ganz frisch mit den neuesten Informationen aus Mexiko zurück!



"Sie befinden sich auf zapatistischem Territorium. Hier befiehlt die Bevölkerung und die Regierung gehorcht."

Kommunales Kino METROPOLIS

Die Filme unserer **Filmreihe** beschäftigen sich mit unterschiedlichen Formen des Widerstandes und möglichen Wegen der Veränderung. Wir zeigen Filme aus oder über Mexiko, Argentinien, Kolumbien und El Salvador.

The take – die Übernahme

Ein Film über eine Fabrikbesetzung in Buenos Aires.

Canada, Argentinien 2004, OmU

Termin: 17.03.2007, 19.00.

Voces inocentes

Ein Film über den Alltag des Bürgerkrieges in El Salvador aus der Sicht eines Kindes.

Mexiko 2004, OmU

Termin: 20.03.2007, 17.00

Hasta la ultima piedra - Bis zum letzten Stein

Ein Dokumentarfilm über eine Friedensgemeinschaft in Kolumbien.

Schweiz, Kolumbien 2006, OmU

Mit **Karen Neumeyer**, Friedensfachkraft von pbi Kolumbien

Termin: 26.03.2007, 19.00

Die Strategie der Schnecke

Eine sympathische Vision vom Triumph des Gemeinns über den Pragmatismus der Macht.

Kolumbien 1993, OmU

Termin: 28.03.2007, 17.00

Der Aufstand der Würde

Ein Dokumentarfilm über den indigenen Widerstand in Mexiko.

BRD 2007, Zwischenzeit Münster e.V.

Uraufführung mit Dorit Siemers und Luz Kerkele

Termin: 10.04.2007, 19.00

Das genaue Programm ist auf den Flyern abgedruckt, die diesem Heft beiliegen. Sollten die Flyer gerade nicht zur Hand sein, findet man sie an den bekannten Orten oder man kann auch im Internet nachsehen:

www.nicaragua-verein.de;

www.eine-welt-info.de;

www.nmz-mission.de;

www.werkstatt3.de

- Bewegungen in Lateinamerika

Veranstungshinweis zum Internationalen Frauentag

"Yo decido mi vida!" – "Ich entscheide über mein Leben!"

Der Kampf nicaraguanischer Fraueninitiativen gegen das generelle Abtreibungsverbot

Violeta Delgado, leitendes Mitglied der Frauenbewegung „Movimiento Autónomo de Mujeres“ berichtet über den Kampf der nicaraguanischen Fraueninitiativen gegen das 2006 eingeführte ausnahmslose Abtreibungsverbot.

Donnerstag, den 8. März, 19.30 Uhr,
Werkstatt 3, Nernstweg 32 / Eintritt: 2.-

Veranstalter: Nicaragua Verein, Lateinamerikareferat des NMZ, Werkstatt3, Eine Welt Netzwerk e.V., Marie Schlei Verein e.V., amnesty for women, Interkulturelle Begegnungsstätte e.V. (IKB), Mujeres sin fronteras in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Per Gesetzesänderung kurz vor den Wahlen wurden die nicaraguanischen Frauen in eine längst vergangen geglaubte Zeit zurückversetzt: Am 26. Oktober 2006 ist trotz zahlreicher Proteste eine Gesetzesänderung von der Nationalversammlung mit Zustimmung der FSLN-Abgeordneten verabschiedet worden, die in Nicaragua auch die Abtreibung aus medizinischen Gründen unter Strafe stellt. War es seit 1893 den ÄrztInnen erlaubt einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, wenn das Leben der Frauen gefährdet oder sie vergewaltigt worden waren, so drohen nun den ÄrztInnen wie den Frauen vier bis acht Jahre Haft. Dieser Rückschritt in Zeiten von vor mehr als 100 Jahren wird in Nicaragua von Frauenorganisationen mit der Inquisition verglichen.

In einer Veranstaltung zum internationalen Frauentag wird **Violeta Delgado**, Vertreterin der unabhängigen Frauenbewegung „**Movimiento Autónomo de Mujeres**“ (MAM), über den derzeitigen Protest und Kampf der Frauen in Nicaragua berichten. Sie wird die neue Gesetzeslage darstellen und den derzeitigen politischen Kontext analysieren. Die nicaraguanischen Fraueninitiativen streben gemeinsam auf nationaler und internationaler Ebene Klagen an, die den nicaraguanischen Staat zwingen sollen, diese Gesetzesänderung zurückzunehmen, da sie gegen die Menschenrechte verstößt. Des Weiteren planen sie derzeit eine Kampagne für die Legalisierung der Abtreibung in ganz Lateinamerika!

In der Veranstaltung soll sowohl über die derzeitige Situation informiert als auch zusammen mit der Referentin über eine praktische Unterstützung ihrer Kampagne diskutiert werden.



Neben Hamburg wird Violeta Delgado in weiteren Städten Deutschlands die derzeitigen Entwicklungen darstellen und mit Gruppen über feministische Strategien gegen linkskonservative Geschlechterpolitiken diskutieren.

Termine sind:

7. März Berlin:

19.00, KATO Kulturbahnhof, U-Bahnhof Schlesisches Tor (U1), 10997 Berlin, Veranst.: Rosa-Luxemburg-Stiftung, FDCL (Forschungs- u. Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) www.rosalux.de

8. März Hamburg:

19.30, W3, Nernstweg 32, Hamburg

9. März Hannover:

19.00, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Am Judenkirchhof 14, 30167 Hannover, Veranst.: Dritte Welt Forum in Hannover, KDA, Pro Familia und Brigada Tranquila

12. März Heidelberg:

Veranst.: Nicaragua-Forum Heidelberg

13. März Mannheim:

19.30 im forum Jugendkulturzentrum, Neckarpromenade 46, Veranst.:

Nicaraguaverein Manheim-El Viejo

14. März Münster:

Veranst.: Christliche Initiative Romero (CIR)

Weitere Informationen zu dem

Thema: www.nicaragua-verein.de

Hafenrundfahrt

Pestizide in den Bananenplantagen, verarmte Kaffeebauern, Arbeitsbedingungen in Maquiladoras – im Hamburger Hafen gibt es viele Verbindungen zu Mittelamerika. Dies soll bei dieser Rundfahrt gezeigt werden.

Von der Globalisierung profitieren Menschen auf der ganzen Welt, für große Teile der Bevölkerung jedoch verschlechtern sich die Lebensbedingungen. Überall auf der Welt gibt es aber auch Bewegungen, die ein wenig Sand ins große Getriebe streuen. Auf diese soll bei der Rundfahrt hingewiesen werden.

Hafenrundfahrt: „Mittelamerika“

Sa., 10. März, Abfahrt: 14.00
am Anleger Vorsetzen (U3 Baumwoll – Ausgang Überseebücke) Preis: 8.-
Veranstalter: Hafengruppe

Kabarett im Politbüro

Allen Sommermärchen zum Trotz: Deutschland bleibt ein Land voller Auslaufmodelle, die sich gern depressiv in ihrer Alterspyramide einbalsamieren. Politik gerinnt zur lauwarmer Palavermasse. Internationale Solidarität beschränkt sich auf Galashows im Fernsehen und Kirchen werden zu Eventagturen.

Germanosaurus Ex

Von aussterbenden Deutschen und dem Krampf für das Gute.

Politisches Kabarett
mit Harald Funke und Jochen Rütter (Münster)

Donnerstag, 22. März, 20.00
Politbüro, Steindamm 45, 20095 Hamburg,
Eintritt: 15.- / erm. 10.-
Veranstalter: Lateinamerikareferat des NMZ, Politbüro



Germanosaurus – Harald Funke und Jochen Rütter

Ärzte verweigern lebensrettende Behandlungen und die Frauen sterben

Totales Abtreibungsverbot spaltet Nicaragua

Am 30. Januar 2007 starb erneut eine junge Frau, weil Ärzte die nötigen Maßnahmen zur Rettung ihres Lebens verweigerten. Die schwangere 20-jährige Francis Zamora wurde am 25. Januar mit einer schweren Infektion ins Krankenhaus eingeliefert. Aber die Ärzte erklärten, sie müssten zunächst auf eine spontane Fehlgeburt warten, bevor sie die nötige Ausschabung vornehmen könnten. Nach tagelangen Qualen der Frau und der schließlich erfolgten Totgeburt war es jedoch zu spät und sie starb dann trotz noch durchgeführter Ausschabungen und sogar noch der Entfernung ihrer Gebärmutter.

Nur zehn Tage vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hatte die Nationalversammlung am 26. Oktober 2006 die seit über 100 Jahren legalisierte Abtreibung aus "therapeutischen" Gründen wieder unter Strafe gestellt. Die FSLN und insbesondere deren Wahlkampfleiterin Rosario Murillo hatten darauf gedrungen, diesen Rückschritt ins Mittelalter ohne parlamentarische Diskussion und ohne gesellschaftliche Beratungen im Parlament durchzusetzen. Die internen Orientierungen der FSLN gingen davon aus, dass Ortega gegen den Willen der katholischen Kirche nicht zum Präsidenten gewählt werden könnte, und die Parteiführung scheute offensichtlich nicht davor zurück, die fundamentalsten Rechte der Frauen mit Füßen zu treten, um der Kirchenhierarchie ihre Treue zu beweisen und damit den wahrscheinlichen Wahlerfolg nicht noch in den letzten Tagen zu gefährden.

Verschiedene Frauen- und Menschenrechtsorganisationen hatten öffentliche Proteste organisiert und gleichzeitig



Der abortio terapeutico ist eine Folge des Zusammenrückens der FSLN unter Daniel Ortega und der katholischen Kirche unter Kardinal Obando y Bravo



Frauen demonstrierten am 10. Oktober gegen das Abtreibungsverbot

vor nationalen und internationalen Gremien mit Klagen reagiert. Vor dem Obersten Gerichtshof Nicaraguas sind wegen des Verstoßes gegen die Verfassung allein drei Widersprüche gegen die neue gesetzliche Regelung eingeleitet worden. Eine Delegation der Organisation *Autonome Frauenbewegung Nicaraguas* unter Führung von Violeta Delgado – die Anfang März nach Deutschland kommen wird, um hierüber zu berichten – hat Anfang Februar vor der UNO Kommission zur Situation der Frauenrechte einen Gegenbericht zum Bericht der Regierung vorgelegt. Den RegierungsvertreterInnen wurden von der Kommission hauptsächlich drei Fragen gestellt:

"Warum ist das Abtreibungsrecht geändert worden?", "Warum wurde es zu diesem Zeitpunkt verändert?" und "Wer wurde zu diesem Punkt angehört?" Da sie hierauf keine schlüssigen Antworten geben konnten, wird die UNO Kommission in den nächsten Wochen eine deutliche Aufforderung an die Regierung und das Parlament Nicaraguas richten, die Gesetzesänderung zurück zu nehmen.

In den ersten Tagen der Regierungsbildung unter Präsident Ortega sorgte die neue Gesundheitsministerin Martiza Cuan – eine angesehene ehemalige Leiterin eines öffentlichen Krankenhauses – für Zündstoff, als sie sich offen für die Wiederherstellung des Rechtes auf

Abtreibung aus medizinischen Gründen aussprach. Sofort ermahnte der Erzbischof von Managua Brenes die FSLN, ihre vor den Wahlen eingenommene Position nicht zu verlassen. Er verschärfte die Debatte sogar massiv mit seiner Aussage, wer die therapeutische Abtreibung wieder erlauben würde, der würde im nächsten Schritt auch Gesetze zur Einführung der Euthanasie und für das Umbringen alter Menschen verabschieden.

Ganz unerwartet meldete sich dann dessen Amtsvorgänger Kardinal Obando y Bravo zu Wort, indem er behauptete, sich niemals für das Verbot der therapeutischen Abtreibung ausgesprochen zu haben, obwohl er in den Vorjahren verschiedene Demonstrationen angeführt hatte, die genau dies forderten. Er sprach sich weiterhin dafür aus, dass ein Forum von Fachleuten (rechtlichen, ärztlichen, religiösen usw.) über dieses Thema beraten sollte, um zu einer sachlichen Lösung zu kommen.

Dieser öffentliche Streit zwischen Brenes und Obando y Bravo spiegelt sich ebenfalls in der Auseinandersetzung darüber wider, dass Letzterer die von Ortega einberufene "Versöhnungskommission" der Regierung leiten soll und will, während Ersterer jegliche Beteiligung von Priestern an öffentlichen Ämtern ablehnt. Im Hintergrund steht hierbei die politische Auseinandersetzung



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Presse- mitteilung

Entwicklungspolitik

Dienststz Berlin Stresemannstraße 94, 10963 Berlin
Dienststz Bonn Adenauerallee 139, 53113 Bonn

TEL +49 (0) 1888 535-2450

FAX +49 (0) 1888 535-2595

INTERNET www.bmz.de

DATUM Berlin, 11.01.2007
SEITEN Seite 1 von 1
NUMMER 01/2007

Wieczorek-Zeul: Ortega muss nicaraguanisches Abtreibungsgesetz ändern.

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hat den neuen nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega aufgefordert, das Frauen verachtende Abtreibungsgesetz in dem mittelamerikanischen Land zu ändern:

„Dieses Gesetz verletzt die Menschenrechte und muss so schnell wie möglich außer Kraft gesetzt werden. Es verletzt die elementaren Rechte von Frauen in Nicaragua, denn es stellt Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall unter Strafe – auch wenn das Leben der Mutter gefährdet ist oder die Frau vergewaltigt wurde“, erklärte die Ministerin.

„Es gibt viele zivilgesellschaftliche Gruppen in Nicaragua, die sich gegen dieses Gesetz engagieren und Verfassungsklage eingereicht haben. Wir unterstützen diese Organisationen in ihrem Begehren gemeinsam mit anderen internationalen Gebern und den Vereinten Nationen“, so Wieczorek-Zeul.

Das nicaraguanische Parlament hatte dem neuen Gesetz, das Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall unter Strafe stellt, auch mit den Stimmen der Partei Ortegas Ende Oktober zugestimmt. Noch Ortegas Vorgänger im Amt, Enrique Bolaños, hatte das Gesetz unterschrieben und damit in Kraft gesetzt.

zwischen dem auf den neoliberalen Banker Montealegre (ALN) ausgerichteten Erzbischof Brenes und dem auf Ortega (und die Pakt-Parteien FSLN und PLC) orientierten Obando y Bravo.

Wer nun aber meinte, dass die FSLN-Führung diese von Obando y Bravo aufgestoßene Hintertür nutzen würde, um sich aus ihrer politischen Klemme zu befreien, wurde umgehend von Rosario Murillo enttäuscht. Inzwischen zur First Lady aufgestiegen und offiziell mit einer Reihe von mächtigen Funktionen im Regierungsapparat ausgestattet, betonte sie am 29. Januar, dass die Regierung Ortega unbeirrt an der kurz vor den Wahlen eingenommenen Position zum Abtreibungsverbot festhalten werde. Weiterhin verpasste sie allen anderen Regierungsmitgliedern einen Maulkorb, indem sich niemand mehr ohne ihre vorherige Genehmigung gegenüber der Presse äußern darf.

Konsequenterweise war die Gesundheitsministerin Cuan am 7. Februar auch nicht mehr bereit, das Thema therapeutische Abtreibung gegenüber der Presse zu behandeln, als sie sich persönlich in dem Krankenhaus, in dem Francis Zamora gestorben war, über deren Todesumstände informieren ließ. Die Leiterin des Fraueninstitutes Emilia Torres brach am gleichen Tag hoch erregt ein Interview mit der Tageszeitung *El Nuevo Diario* ab, als sie zu diesem Thema befragt wurde. Und das obwohl sie gerade von einem Treffen der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE kam, die sie insbesondere deswegen eingeladen hatte, um ihr deutlich zu machen, dass viele der weiblichen Mitglieder der FSLN die Rücknahme der totalen Kriminalisierung der Abtreibung erwarten.

Die Auseinandersetzung wird auf allen Ebenen weiter gehen. Diejenigen, die die Rechte der Frauen verteidigen, brauchen unsere Unterstützung. Die Rundreise von Violeta Delgado soll vor allem auch diesem Ziel dienen. Für weitere Informationen steht der Nicaragua Verein Hamburg gerne zur Verfügung.

Matthias Schindler

Aufklärung rettet Menschenleben

Spenden Sie lebenswichtige Informationen

Das Frauenprojekt „Mujeres“ informiert Frauen und Jugendliche über das im Oktober 2006 eingeführte Verbot therapeutischer Abtreibungen und erstellt für diese Arbeit Informationsmaterial. Damit wirkt das Projekt „Mujeres“ Miss- und Nichtinformation von Frauen und Jugendlichen entgegen und setzt sich für die Wiederabschaffung des Gesetzes ein. Spenden Sie für die Erstellung von Informationsmaterialien und die Mobilisierung der Frauen gegen das Gesetz!

Unterstützen sie die Frauen in ihrem Kampf um ein selbstbestimmtes Leben!“

**Spendenkonto:
Nicaragua Verein Hamburg e.V. · Postbank Hamburg
Konto 51137-205 · BLZ 20010020 · Stichwort „Mujeres“**

Programmatisch? Das Wahlprogramm der FSLN 2006

Im Folgenden die Zusammenfassung der aus unserer Sicht wichtigsten Aussagen und Versprechungen aus dem Regierungsprogramm (Programa de Gobierno Alianza Unidad, Nicaragua Triunfa) der FSLN vom Mai 2006, an der sich die zukünftige Regierungspolitik der FSLN messen lassen muss.

Einleitung

Hier wird zur Förderung der Gleichheit der Menschenrechte und der Geschlechter Stellung bezogen: „Die Rechte der Frauen in all ihren Rollen, als Mutter, als Mädchen, als Studentin, als Arbeiterin, als alte Frau, als Ehefrau... in ihrer ganzen Würde als Frau.“ Die Regierung werde – unverzüglich – unterstützen, dass es in allen Ämtern der nationalen und lokalen Regierungsinstitutionen einen Anteil von 50% Frauen gäbe. Auf die Rechte der Frau wird im wichtigsten Teil, den *Compromisos* (Verpflichtungen) Nr.1 bis Nr.6, aus denen die folgenden von uns aufgeführten Punkte entnommen sind, jedoch nicht eingegangen.

Arbeit für die Bevölkerung und Kredite für alle

In der ersten Verpflichtung (*Compromiso*) stehen "Arbeit, Kredite und Handel" im Mittelpunkt. Durch folgende Maßnahmen sollen (schnell) Arbeitsplätze geschaffen werden:

- Förderung von Technologie und Handel, um die Produktion zu erhöhen und die Wirtschaft anzukurbeln und auf diese Weise Arbeitsplätze zu schaffen
- vereinfachte Kreditvergabe mit niedrigen Zinsen für kleine und mittelständische Unternehmer auf dem Land und in der Stadt: Prämien für viel produzierende Landwirte, kommunale Banken mit Kreditvergaben, Kredite für den städtischen informellen Sektor
- Ausbau der Infrastruktur (z.B. Straßenbau)
- Ausweitung der Freihandelszonen (Zonas Francas) unter der Bedingung, dass Steuern bezahlt, Umweltschutzmaßnahmen berücksichtigt und die Arbeitsrechte der ArbeiterInnen geachtet werden.

Investitionen in Energie- und Telekommunikationssektoren

- Sicherung der Beteiligung des Staates u.a. im Energie- und Telekommunikationssektor in Form von "gemischter Ökonomie", d.h. privater, staatlicher und ausländischer Marktbeteiligung
- entscheidende Rolle des Staates bei (alternativer) Energiegewinnung wie

Geothermik (Vulkanenergie), Windenergie, Biomasse... (Bisher werden mehr als 80% der Energie aus fossilen Quellen gedeckt)

- u.a. Energie-Importverträge des Staates mit befreundeten Ländern z.B. mit Venezuela als ersten Schritt Richtung ALBA
- Wiederaufnahme des Projektes eines interozeanischen Kanals
- Der "Rio San Juan" steht als nationaler Reichtum der nicaraguanischen Bevölkerung zur Verfügung.

Staatliche Entwicklungsförderung

- Transformation der Landwirtschaft von der Monokultur zur Mischkultur
- Ausbau des Fischereisektors u.a. für den Export
- Förderung von Umwelt- und Tourismusprojekten
- Kanalisierung der Geldüberweisungen aus dem Ausland (u.a. Gelder der Arbeitsemigranten) zur Verstärkung des Binnenmarktes, z.B. zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus
- ein Gesetz zur Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, das erreichen soll, dass Nicaragua alle Nahrungsmittel produziert, die das Land braucht
- Umsetzung des *Nationalen Entwicklungsplans* mit Hilfe der Förderung eines parteiübergreifenden Zusammenhalts.

Gesundheit

- Schwerpunkt in der Gesundheitsvorsorge einschließlich Impfungen, Schulung in Gesundheit und Arbeitssicherheit
- Bau von besser ausgestatteten Krankenhäusern und Gesundheitszentren, die durch den Verkaufserlös aus Erdölimporten und langfristigen Krediten aus Venezuela finanziert werden
- medizinisches Personal und Unterstützung bei der Ausbildung von Ärzten und Schwestern aus Kuba.

Bildung

- Weiterführung der Alphabetisierungskampagne „Yo Sí Puedo“ (auch hier wird auf die Unterstützung Kubas gezählt)
- die kostenlose Schulbildung in der "Primaria" und "Secundaria" (von der Grundschule bis zum Abitur) ist ein Menschenrecht



Die Massen folgen den Versprechen Daniel Ortegas

- 6% des Staatsbudgets zur Sicherung der Qualität der staatlichen Universitäten (Lehre, Ausstattung, etc.)
- Vergabe von Stipendien und Darlehen für bedürftige StudentInnen.

Umweltschutz

- Vernünftige Nutzung der natürlichen Ressourcen
- Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik (*wörtlich*: "Verbindungen zwischen der Politik des Schutzes und der Nutzung der Wälder, Minen, Meere, Gewässer, Küsten"). Die Zeiten seien vorbei, in denen argumentiert worden sei, dass man gegen die Zerstörung der Umwelt nichts tun könne.

Wirtschaftspolitik

- Überarbeitung von Teilen des Strukturanpassungsprogramms, da es der Bevölkerung trotz statistischem Wirtschaftswachstum große wirtschaftliche Ungleichheiten produziert habe
- Diversifizierung des Außenhandels: Die Wirtschaftspolitik werde sich dorthin öffnen, wo die besten Möglichkeiten gegeben seien, um die Abhängigkeit des Landes von einem einzigen Wirtschaftsblock zu vermeiden
- gegenüber der CAFTA würde die Regierung die davon betroffenen Produzenten schützen, mit der CAFTA wieder verhandeln und sich alternativen Märkten wie der ALBA öffnen
- Anstreben eines Vertrages mit der Europäischen Union mit dem Schwerpunkt gerechter Handel und Menschenrechte.

Weitere hier nicht vertiefte Punkte behandeln die Themen Ausbildungsförderung, Dezentralisierung, Katastrophenschutz, Sicherheit, Korruption, ...

Uta Wellmann, Vera Krömer

Globalisierung im Kleiderschrank

Wer hat beim Kleidungskauf schon mal darüber nachgedacht, unter welchen Bedingungen das gute, oft preiswerte oder gar super billige Stück wohl entstanden ist? „Der Kleiderhaken“, ein Dokumentarfilm von Dorit Siemers und Heiko Thiele, gibt ebenso eindrucksvoll wie umfassend und konsequent Auskunft über die Zusammenhänge und Auswirkungen der Produktion in den Niedriglohnfabriken in Mittelamerika und auch Ostasien: eben über „die Schattenseiten des Freihandels in der globalen Bekleidungsindustrie“, wie der Untertitel des Films deutlich macht. Premiere war während der Lateinamerika-Tage in der W3.

Rund 90 % der hierzulande verkauften Kleidung stammt aus Niedriglohnländern, aus diesen Fabriken in den streng abgesperrten, für die Produzenten von Steuern und Zoll befreiten Arealen mit den „ganz besonderen“ sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen und Folgen. Ob Puma, Nike, Adidas, H&M, C&A, Levi oder andere Textil-, Sport- und Schuhfirmen, Markenhäuser wie Discounter – fast alle lassen in den Niedriglohnfabriken – auch Weltmarktfirmen oder wie in Lateinamerika Maquilas oder Maquiladoras genannt – produzieren. Weltweit gab es 2006 rund 5000 dieser freien Zonen mit zigtausend Fabriken und über 40 Millionen Beschäftigten, die überwiegend Bekleidung, aber auch Spielzeug, Autoteile und Elektrogeräte für den weltweiten Handel fertigen.

Ausgangspunkt der Dokumentation ist einerseits der jahrzehntelange Niedergang der deutschen Bekleidungsindustrie, geprägt durch Standortverlagerungen und Fabrikschließungen; gezeigt an einem Beispiel aus Nordhorn. Andererseits sind es die Beschlüsse der Welt Handelsorganisation WTO, die für einen inzwischen ohne jede Einfuhrbeschränkungen und Quotenregelungen laufenden Textilmarkt sorgen, sowie die Kreditauflagen des Internationalen Währungsfonds IWF, die von den so genannten Entwicklungsländern eine Umstrukturierung der Wirtschaft und damit eine Öffnung der Märkte erzwingen.

Am Beispiel der honduranischen Stadt San Pedro Sula, die als Maquiladora-Metropole Mittelamerikas gilt, zeigen die Filmemacher die ganze Bandbreite der

Versprechungen der Politiker und Unternehmer, der (enttäuschten) Hoffnungen der Bevölkerung, der weitgehenden Rechtlosigkeit der Beschäftigten, der Gesundheitsgefährdung, der Umweltschädigung aber auch des Kampfes der Menschen um ihre Rechte und ihre Würde. Auf dem Papier sieht vieles positiv für die Beschäftigten in den Maquilas aus. Das honduranische Arbeitsgesetz beispielsweise sichert das Recht auf Gewerkschaftsbildung, Achtstundentag, Mutterschutz, Sozialleistungen, Bezahlung von Überstunden. Tatsächlich ist das Gesetz in den Freien Produktionszonen de facto außer Kraft gesetzt.

Zum täglichen Arbeitsalltag gehören außer dem Lohn, der zum Leben nicht

eneinsatz in der Bekleidungsproduktion befassen, beim Waschen, Färben, Veredeln, Lagern. Hier machen bekannte deutsche Firmen wie Freshtex, Bayer u.a. gute Geschäfte. Die zuständigen Behörden kontrollieren mangelhaft, vorgeschriebene Aufbereitungsanlagen fehlen, Chemikalien werden oft ungeklärt abgeleitet.

Trotz aller Vorteile, die der Maquiladora-Industrie in Honduras – wie überall – auf Kosten einer nachhaltigen Entwicklung der Standorte eingeräumt wurden, kommt es jetzt zunehmend zu Schließungen und Abwanderungen dahin, wo die Konditionen noch günstiger sind, Entlassungen und noch mehr Lohndumping in Honduras inbegriffen.

Die Heimarbeit nimmt zu, eine Folge des Lohndumpings. Generell schlechter bezahlt als Fabrikarbeit, spart das Unternehmen zudem noch die Kosten des Arbeitsplatzes. Der Lohn ist an die Stückzahlen gebunden: für die Fertigung eines Baseballs – eine anstrengende Arbeit – werden z.B. sechs Cent gezahlt. Sechs Euro legt der Käufer für den Ball später auf den Warentisch. Ein Hundertstel beträgt also der Lohnanteil für die Ware! Im Film berichtet eine Heimarbeiterin, wie sie es zusammen mit ihren drei Kindern an einem guten Tag schafft, 50 Bälle zusammenzunähen. Macht drei Euro pro Tag für die ganze Familie, soviel, wie eine einzelne Fabrikarbeiterin am Tag bekommt.



Lohndumping pur:
Heimarbeit für die Maquila-Industrie

reicht, Gewalt (oft auch sexuelle), Drohungen, vorenthaltener Lohn, nicht bezahlte Überstunden, fristlose Kündigungen (oft wegen angeblicher oder tatsächlicher Gewerkschaftsmitgliedschaft), verweigerte medizinische Hilfe und vieles mehr. Im Film wird der Fall einer Frau geschildert, die auf der Fabriktoilette verstarb, nachdem ihr die Untersuchung durch den Betriebsarzt untersagt wurde, da die tägliche Obergrenze von 20 Untersuchungen bereits erreicht war!

Gravierende Gesundheitsschäden sind ein weiteres großes Problem in den Niedriglohnfabriken. So hat das Frauenrechtszentrum CDM in einer aktuellen Studie nachgewiesen, dass bei der Hälfte der Beschäftigten schwerwiegende Atemprobleme auftreten wie Asthma, Allergien, chronische Grippe etc.. Hinzu kommen verschiedene Hautkrankheiten, die durch Wollflusen und die zahlreichen Chemikalien ausgelöst werden.

Aufschlussreich sind auch die Filmsequenzen, die sich mit dem Chemikali-

Viele Aspekte des Themas, unterschiedliche Meinungen zur Situation wie zu den Auswirkungen, ein abschließender Blick auf die (noch) kleine Alternative ‚Faire Produktion‘ und ‚Fairer Handel‘: ein nachhaltiger, sehenswerter Film.

Bruni Franke

Kontakt:
film@zwischenzeit-muenster.de;
www.zwischenzeit-muenster.de



Chemikalieneinsatz in der Veredelung:
Meist unkontrolliert

Unser Neujahrsempfang

Auch in diesem Jahr haben wir unsere einige Jahre junge Tradition fortgesetzt und unsere Mitglieder, Förderer, Partner und treuen Spender eingeladen. Mit einem kleinen Neujahrsempfang haben wir uns für die unterstützende Zusammenarbeit bedankt, haben Ideen, Gedanken, Anregungen, Informationen ausgetauscht und geklärt. Thomas Montiel Castro (Mitte) brachte ganz frische Informationen aus seinem Nicaraguaurlaub mit. Auf dem Foto der Vorstand v.l. Martha Borstelmann, Thomas Montiel Castro und Steffi Sturmhöbel.



Nicaragua Nicaragüita

In der letzten Ausgabe der Zeitung haben wir eine **Unterrichtseinheit** von Matthias Herwig vorgestellt. Die UE ist für den Geographieunterricht der Stufen 8 und 9 des Gymnasiums konzipiert und wendet sich an LehrerInnen, die aktuelles Material zur Behandlung Nicaraguas im Schulunterricht suchen.



Die CD-Rom ist jetzt fertig und kann für 6 € plus Versandkosten vom Nicaragua Verein bezogen werden.

Die Differenz zwischen Herstellungskosten und Verkaufserlös kommt einem von Schülern der Klosterschule angeregten Nachhilfeprojekt in der Partnerschule Teresa Arce zugute.

Nachbemerkung: Der Verantwortliche für Organisation und Propaganda der offiziellen Vertretung der FSLN in der Bundesrepublik Deutschland, Uwe Henniges, legt Wert auf die Feststellung, dass die in der Dezemberausgabe 2006 der Nicaragua Zeitung auf Seite 8 widergegebenen Äußerungen zum Verbot der therapeutischen Abtreibung aus dem Diskussionsforum der offiziellen Webseite der FSLN nicht die Meinung der Mehrheit der FSLN-Mitglieder spiegelt.
Anm. der Redaktion: Das unabhängige Forum der offiziellen FSLN-Webseite wurde mittlerweile geschlossen.



León – Zaragoza – Hamburg – León

Vom 27. Februar bis zum 2. März findet in diesem Jahr wieder eine Städtepartnerschaftskonferenz statt, diesmal in Zaragoza/Spainien. An diesem Treffen rund um die verschiedenen Partnerschaften Leóns soll auch die neue Vertreterin des Nicaragua Vereins in León, Anayanci Chacón, teilnehmen. Den Aufenthalt unserer Leóner Vertreterin in Zaragoza wollen wir nutzen und sie auch nach Hamburg einladen, damit sie einen Einblick in die Arbeit des Vereins und der MitarbeiterInnen hier in Hamburg bekommt.

Da wir wenig Geld zur freien Verfügung für die Vereinsarbeit haben (die meisten Spenden sind projektgebunden und fließen fast vollständig auch dorthin) möchten wir Euch bitten, für den Flug von Anayanci und ihren Aufenthalt in Zaragoza bzw. Hamburg zu spenden.

Vielen Dank für Eure Unterstützung!

Spendenkonto:

Nicaragua Verein Hamburg
Postbank Hamburg
Kontonr.:51137-205, BLZ:200 100 20
Stichwort „Vertretung“

Emailadressen gesucht!

Um kurzfristig über Kampagnen, aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen zu informieren, bauen wir einen aktuellen Emailverteiler auf. Wenn ihr/Sie Interesse an solchen Informationen habt, schickt uns eure/Ihre Emailadresse.

Impressum:

Herausgeber:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel.: 040-394404; Fax: 040-3909370

e-mail:

nicaragua-verein@t-online.de

Homepage:

www.nicaragua-verein.de

Bankverbindung:

Postbank Hamburg
BLZ: 20010020
Kontonummer: 51137-205

Satz, Layout und Druck:

druckwelten GmbH, Hamburg

Redaktion:

Detlef de Cuveland (V.i.S.d.P.)
Bruni Franke
Katrin Jaschinski
Rebecca Lohse
Thomas Montiel Castro
Anja Nikodem
Vera Krömer
Gerda Palmer
Christian Schmidt

Fotos:

Bruni Franke: S. 12
Rebecca Lohse: S. 5
Thomas Montiel Castro: S. 4
Regierungsseite Nicaragua:
S. 1,2,3,4,8,10
Christian Schmidt : S. 4
Zwischenzeit e.V.: S. 2,6,11

Auflage: 2.000

Diese und ältere Ausgaben sind auch auf unserer Homepage zu finden.

Gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE).